



Der Vorsitzende des Ausschusses für
Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und
Integration
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Astrid Koba

1. Den Mitgliedern des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, 24.01.2013

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration
am Dienstag, 29. Januar 2013, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

1. **Genehmigung der Niederschrift vom 11.12.2012**

2. **13-F-03-0012**

US-Einrichtungen in Wiesbaden
- Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 18.01.2013 -

Die USA haben beschlossen die bisherigen Hauptquartiere in Heidelberg und Mannheim in ein gemeinsames Hauptquartier in Wiesbaden zusammenzuführen und so zum Hauptquartier der U.S. Army Europe (USAREUR) auszubauen. Die Garnison soll bis Ende 2014 von Heidelberg nach Wiesbaden verlagert werden.

Dies hat verschiedene Auswirkungen und Konsequenzen für die Bevölkerung der Landeshauptstadt.

Der Ausschuss möge beschließen,
der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten:

- Wie viele, der insgesamt zu erwartenden ca. 18.000 Personen, sind Soldaten, US-Zivilangestellte, Familienangehörige oder Pensionäre?

- Wann ist der Umstrukturierungsprozess der USAREUR, der Wiesbaden betrifft, voraussichtlich abgeschlossen?
 - Welche begleitenden Infrastrukturmaßnahmen seitens der Stadt waren erforderlich -z. B. zusätzliches Bereitstellen von Liegenschaften, Landschaftsverbrauch - und welche Kosten entstehen voraussichtlich für Wiesbaden, z.B. durch Schaffung von Verkehrsverbindungen, Versorgungsanlagen und Entsorgungseinrichtungen?
 - Welche Konsequenzen erwarten wir auf dem Wiesbadener Wohnungsmarkt? Gibt es Überlegungen seitens der Stadt Wiesbaden, diese Auswirkungen zu kompensieren um weiterhin bezahlbaren Wohnraum für die Wiesbadener Bevölkerung bereitzustellen?
 - Gibt es Kooperationen o.ä., welche das Miteinander und die Integration der US-Army Angehörigen mit der Wiesbadener Bevölkerung unterstützen, wie zum Beispiel Partnerschaften im Sport- und Schulbereich? Falls ja, welche sind es und wo finden sie statt, wer nimmt daran teil?
2. eine unterstützende ökologische Baubegleitung, bzw. -überwachung zur Sicherung der ökologischen Verträglichkeit der vielfältigen Baumaßnahmen einzusetzen.

3. 13-F-08-0015

Open Data

- Antrag von Linke&Piraten vom 23.01.2013 -

Offene Daten (Open Data) sind alle nicht personenbezogenen Daten, die im Interesse der Allgemeinheit frei zugänglich gemacht werden und ohne Einschränkung genutzt werden können.

Konkret auf die Stadt Wiesbaden bezogen zählen zu diesen Daten z.B. Geo- und Umweltdaten, Daten zur Bevölkerung, Arbeitsmarktsituation, Verkehr oder auch der Haushalt.

Daten, die sich auf einzelne Personen beziehen, fallen nicht in diese Kategorie.

Damit „Offene Daten“ auch von jedem Bürger ohne Einschränkung genutzt werden können, ist es notwendig, dass diese unter einer freien Lizenz veröffentlicht werden, z.B. unter einer „Creative Commons“-Lizenz wie CC-BY oder CC-0.

Außerdem müssen die Daten in einem maschinenlesbaren, nicht proprietären Format zur Verfügung stehen, sowie strukturiert sein, um das Durchsuchen und Filtern zu ermöglichen.

Insbesondere für die Wissenschaft ist es problematisch, dass die Daten nicht in einem maschinenlesbaren Format vorliegen, da für die dort inzwischen verwendeten „Data Mining“-Verfahren die bereit gestellten Daten erst mühsam mit Hilfe von zusätzlichen Programmen oder manuell maschinenlesbar gemacht werden müssen, obwohl diese Daten in der Verwaltung in Formaten vorliegen, welche den Mehraufwand begrenzen würden.

Eine entgeltliche Bereitstellung der Daten ist nicht möglich, denn bereits bei ihrer Erhebung wurden sie ja bereits durch den Steuerzahler finanziert. Einnahmen können aber dennoch generiert werden. Indirekt, z.B. über Gewerbesteuern, wenn ein Unternehmen unter zu Hilfenahme der Daten Gewinne erwirtschaftet. Die Einstellung der Daten in einem Portal ist dabei mit geringem Kostenaufwand zu realisieren.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

Seite 3 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 29. Januar 2013

Der Magistrat wird beauftragt, für die Stadt Wiesbaden ein „Open Data“-Portal im Internet einzurichten. Alle auf Internetseiten der Stadt Wiesbaden und ihrer Eigenbetriebe bereitgestellten Daten sind unter einer freien Lizenz maschinenlesbar zu veröffentlichen. Für die Nutzung der Daten werden keine Gebühren erhoben.

4. 12-F-33-0106

Notfall-SMS
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 18.09.2012 -

ANLAGE

5. 12-F-08-0087

WLAN an öffentlichen Plätzen - Beschluss Nr. 0107 vom 6.12.2011 des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration
- Antrag Linke&Piraten vom 22.08.2012 -

ANLAGE

6. Bericht der Dezernentin

7. 12-V-30-0016

DL 48/12-2

Vorschlag für die Wahl einer Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk Wiesbaden-Nordenstadt

8. Verschiedenes

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Spallek
Vorsitzender